



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Haushaltsausschuss

2009/2226(INI)

16.3.2011

STELLUNGNAHME

des Haushaltsausschusses

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

zur Halbzeitüberprüfung der europäischen Satellitennavigationsprogramme:
Bewertung der Umsetzung, künftige Herausforderungen und
Finanzierungsperspektiven
(2009/2226(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Edit Herczog

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Haushaltsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont die strategische Bedeutung der Weltraumpolitik in dem Bemühen, eine echte europäische Industriestrategie zu begründen, der konkrete Projekte zugrunde liegen, mit denen ein greifbarer Nutzen für die Bürger und die Unternehmen verbunden ist, insbesondere ihre beiden Leitprogramme GMES und das Satellitennavigationsprogramm;
2. erinnert daran, dass das Scheitern der ursprünglichen Lösung einer öffentlich-privaten Partnerschaft für die Finanzierung der Satellitennavigationsprogramme im Jahr 2007 zu dem Beschluss geführt hat, die Umsetzung der Programme auf der Grundlage einer ausschließlichen Finanzierung aus dem EU-Haushalt fortzuführen; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass mangels verfügbarer Mittel im derzeitigen MFR beschlossen worden war, die Höchstgrenze für die Rubrik 1a im Zeitraum 2007-2012 um 2,4 Milliarden EUR anzuheben; weist ferner darauf hin, dass die Kommission im Jahr 2010 aufgrund fehlender Mittel für das ITER-Projekt erneut eine Revision des MFR vorgeschlagen hat, um die Höchstgrenze für die Rubrik 1a anzuheben;
3. betont, dass derartige ad hoc getroffene Notlösungen den Erfolg und den Mehrwert großangelegter strategischer Industrieprojekte für die Europäische Union gefährden und die dahinterstehende politische Dynamik schwächen können; ist der Ansicht, dass stattdessen eine langfristige Haushaltslösung ausgearbeitet werden sollte, mit deren Hilfe eine Finanzierung auf EU-Ebene unter Beachtung der technischen Anforderungen und eines Zeitplans, aufgrund derer die Relevanz und die Durchführbarkeit dieser Programme gewährleistet wären, sichergestellt werden könnte;
4. erinnert daran, dass das Europäische Parlament und der Rat in der gemeinsamen Erklärung zur Finanzierung der europäischen GNSS-Programme im Anschluss an die entsprechende Vereinbarung vom 23. November 2007 bestätigt haben, dass der geschätzte Gesamtbetrag, der zur Erlangung der vollen Betriebsfähigkeit des GNSS-Projekts Galileo benötigt wird, für den Zeitraum 2007-2013 insgesamt 3 400 Millionen EUR ausmacht und während des Finanzrahmens 2007-2013 nicht überschritten werden sollte; ist jedoch davon überzeugt, dass die im gegenwärtigen Finanzrahmen veranschlagten Mittel nicht ausreichen, um bis 2013 einen leistungs- und wettbewerbsfähigen Dienst in Betrieb zu nehmen und den technologischen Anschluss zu wahren; bedauert in diesem Zusammenhang, dass die Kommission in ihrer Halbzeitüberprüfung vom Januar 2011 keine zusätzlichen Mittel für die GNSS-Programme für den Zeitraum bis 2013 gefordert hat, was zu untragbaren Verzögerungen bei ihrem Abschluss führen kann; weist darauf hin, dass bei einem Bedarf an zusätzlichen Mitteln für diesen Zeitraum eine Übertragung aus laufenden mehrjährigen Programmen nicht durchführbar wäre und dass weitere Kürzungen in der Rubrik 1a, insbesondere in Bezug auf das 7. Rahmenprogramm, nicht hinnehmbar sind;
5. betont, dass GNSS eine entscheidende Technologie darstellen, die die europäische Verkehrsinfrastruktur und einzelne Marktsektoren revolutionieren könnte; weist darauf hin, dass mittelfristig andere nicht europäische GNSS-Programme den Betrieb aufnehmen

werden und daher jede Verzögerung mit einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verbunden wäre, die bestehende Infrastruktur hinfällig würde, die in Entwicklung befindlichen Technologien und Anwendungen nicht genützt werden könnten, und bis zu 60 Prozent der erwarteten Vorteile verloren gingen;

6. fordert die Kommission auf, das Parlament so bald wie möglich zu unterrichten, falls für den zeitgerechten Abschluss des GNSS zusätzlicher Finanzierungsbedarf entsteht, und bis zur Vorlage des neuen MFR im Sommer 2011 zumindest einen aktualisierten Finanzplan vorzulegen;
7. betont schließlich, dass Galileo nicht nur das erste von der EU betriebene großangelegte Projekt dieser Art ist, sondern im europäischen öffentlichen Interesse liegt, sodass seine Finanzierung aus öffentlicher Hand berechtigt ist; fordert die Kommission auf, dass Projektmanagement zu verbessern, die Wettbewerbsfähigkeit und vollständige Betriebsfähigkeit, eines Dienstes mit einer Konstellation von 30 Satelliten so rasch wie möglich zu gewährleisten, Unsicherheiten zu vermeiden und ein positives Signal an die Marktteilnehmer zu senden; weist darauf hin, dass erhebliche Unterschiede zwischen aktuellen Investitionskosten und zukünftigen laufenden Kosten auftreten können; unterstützt daher den Vorschlag, in Zukunft bei großangelegten Projekten wie diesem einen zuvor festgelegten jährlichen Betrag aus dem EU-Haushalt zu decken und den Mitgliedstaaten in erster Linie die Verantwortung für die Finanzierung etwaiger Ausgleichszahlungen zum EU-Haushalt zu übertragen und bis dahin unausgeschöpfte Bereiche in diesem Haushalt sowie andere Finanzierungsquellen, einschließlich innovativer Finanzierungsformen, zu ermitteln, aus denen Mittel zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs derartiger großangelegter Projekte herangezogen werden könnten;
8. ersucht die Kommission, die Möglichkeit zu erwägen, Einnahmen aus den marktwirtschaftlichen Tätigkeiten von Galileo dem EU-Haushalt zuzuführen;
9. fordert die Kommission auf, dem Europäischen Parlament mitzuteilen, auf welche Weise die Deckung der jährlichen Betriebskosten von Galileo, die nach dessen Inbetriebnahme auf 800 Millionen EUR geschätzt werden, sichergestellt werden soll;
10. weist darauf hin, dass der in der Halbzeitüberprüfung angeführte, für den Zeitraum nach 2013 geschätzte Betrag von 1,9 Milliarden EUR lediglich als Richtwert angeführt wird; ist daher der Ansicht, dass die Kommission eine Strategie für die mittel- und langfristige Finanzierung der Satellitennavigationsprogramme nach 2013 vorlegen sollte, die auch die Erörterung eines jährlichen Finanzierungsbetrags für den Zeitraum 2014-2020 umfasst, mit dem die Fertigstellung der Infrastruktur von Galileo sowie ihre Instandhaltung bis 2020 gedeckt wäre.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	16.3.2011
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 37 -: 1 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Damien Abad, Alexander Alvaro, Reimer Böge, Lajos Bokros, Giovanni Collino, Jean-Luc Dehaene, Isabelle Durant, James Elles, Göran Färm, José Manuel Fernandes, Eider Gardiazábal Rubial, Salvador Garriga Polledo, Jens Geier, Ivars Godmanis, Ingeborg Gräßle, Estelle Grelier, Lucas Hartong, Jiří Havel, Monika Hohlmeier, Sidonia Elżbieta Jędrzejewska, Anne E. Jensen, Jan Kozłowski, Alain Lamassoure, Giovanni La Via, Barbara Matera, Miguel Portas, Vladimír Remek, Dominique Riquet, László Surján, Helga Trüpel, Derek Vaughan, Angelika Werthmann, Jacek Włosowicz
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Gerben-Jan Gerbrandy, Edit Herczog, Paul Rübig, Georgios Stavrakakis
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Marit Paulsen